

Elmar Altvater*

Die prästabilierte Harmonie, die unsichtbare Hand und die moderne Globalisierung**

„Was sollte man also tun?“ fragte Pangloss. – „Schweigen“, sagt der Derwisch. – „Ich hoffte“, sagte Pangloss, „mit Euch ein wenig über Wirkung und Ursache, über die beste aller möglichen Welten, über den Ursprung des Bösen, über die Natur der Seele und die prästabilierte Harmonie diskutieren zu können.“ Bei diesen Worten schlug ihnen der Derwisch die Tür vor der Nase zu“

(Voltaire, *Candide oder der Optimismus*: 146)

Nach der Überwindung der Vorstellung von der göttlichen und natürlichen Ordnung wird mit der Heraufkunft rationalistischen Denkens in der Neuzeit die Frage nach der Art und Weise der Vergesellschaftung und ihren „Mechanismen“ nachgerade bohrend, und sie ist es bis heute geblieben. Es lohnt, nach Antworten in der Geschichte von Philosophie und Sozialwissenschaften zu suchen, zumal wenn in Zeiten von Globalisierung und Individualisierung die Selbstverständlichkeit der Vergesellschaftung gar nicht mehr so sicher zu sein scheint. Margret Thatcher gab dem Zweifel an der Existenz von Gesellschaft mit ihrem berühmt gewordenen Spruch Ausdruck, sie kenne keine Gesellschaft, sie sähe nur Familien und Individuen. Die „Entgrenzung der Staatenwelt“ und die Verflüchtigung des Politischen in einer globalisierten Ökonomie ihrerseits schwächen wiederum soziale Bindungen der Menschen in konkretem Raum und historischer Zeit. Der Jugendforscher Heitmeyer hat wohl recht, wenn er das Neue der brutalen Gewalt der Hooligans bei der Fußballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich darin sieht, daß die Gewalt so unstrukturiert sei wie die gesellschaftliche Erfahrungswelt, in der viele Jugendliche leben (Interview in:

* Fachbereich Politische Wissenschaft, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 21, 14195 Berlin.
Für wertvolle Hinweise bin ich vor allem Petra Schaper-Rinkel zu Dank verpflichtet.

** Festvortrag zum Leibniz-Tag am 2. Juli 1998

Die Zeit vom 25.6.98). Wie also kommt Gesellschaft zustande, welches sind die „Mechanismen“ der Vergesellschaftung und ist es tatsächlich gerechtfertigt, in Zeiten der Globalisierung von einer nachgerade anomischen Auflösung von Gesellschaft zu sprechen? Im Folgenden soll eine Antwort auf diese Fragen gesucht werden.

Harmonia Mundi

Der beruhigende Rückzug auf die schöpferische Hand Gottes bei der Bildung von Gesellschaft verfiel schon seit dem Beginn der Neuzeit nicht mehr, und er ist heute erst recht nicht statthaft. Der Widerspruch zwischen der idealen Gestalt Gottes und der so gar nicht idealen Gestalt seiner Schöpfung bedarf einer einsichtigen Erklärung. Der Sündenfall der Menschen kann, anders als im „Mittelalter“, als zureichende Erklärung für die Übel dieser Welt nicht mehr akzeptiert werden. Auch Leibniz, mit dem ich den Versuch einer Antwort auf die oben formulierte Frage beginne, hat sich dieses Problem der *Theodizee* vorgelegt. Nichts ist, so das rationalistische a-priori, in der Welt ohne einen zureichenden Grund. Die wirkliche Welt, in der wir leben, ist nur eine aus der unendlichen Vielfalt möglicher Welten. Im Unterschied zu Descartes erkennt und konstruiert Leibniz also viele – eigentlich unendlich viele – Möglichkeiten und nicht nur eine Wirklichkeit¹. Die wirkliche Welt ist trotz der unbestreitbaren Übel die „beste aller möglichen Welten“, da sie immerhin das Geschöpf Gottes sei; insofern wird an den Vorstellungen von der göttlichen Ordnung angeknüpft. Denn da „die Ideen Gottes unendlich viele mögliche Welten enthalten und doch nur eine einzige davon existieren kann, so muß es wohl einen zureichenden Grund für die Wahl Gottes geben, der ihn zu der einen Welt mehr als zu der anderen bestimmt“ (Monadologie, § 53).

In dieser bestmöglichen Welt fungieren die denkenden Menschen (aber

¹ Dies ist eine Denkfigur, die auch die spätere Geschichte des modernen Denkens durchzieht. Auch im Marxismus ist zwischen „Möglichkeitsmarxismus“ und „Wirklichkeitsmarxismus“ unterschieden worden, um die Kontroverse zwischen den Annahmen „eherner“ historischer Gesetze der marxistischen Orthodoxie und dem politische Möglichkeiten auskundschaftenden Revisionismus mit der Grundüberzeugung, daß ökonomische Gesetze durch politische Macht gestaltet werden könnten (Bernstein, Hilferding später und in anderer Tradition Gramsci), fassen zu können

auch andere Lebewesen und sogar die unbelebte Natur) als Monaden. Sie haben nichts miteinander zu tun, sie wirken nicht aufeinander, sie sind „fensterlose“ Substanzen, bestenfalls, wenn „vom Gedächtnis begleitet“, „vernünftige Seelen“ mit, so Goethe im Gespräch mit Johannes Daniel Falk (25.1.1813), „dunkler Erinnerung eines abgelaufenen Zustandes...“. Wenn trotz der „ordnungspolitischen“ Passivität der Monaden die „beste aller möglichen Welten“, aus einem Chaos also eine „prästabilisierte Harmonie“ (Monadologie § 78, 80, 87) erwächst, dann durch einen idealen Einfluß, durch „Vermittlung Gottes“. Gott wirkt als „*deus ex machina*“, als „Baumeister der Weltmaschine“ (§ 87) einerseits, als „Monarch der himmlischen Geister-Stadt“ andererseits (§ 87ff.)². Die Monaden dieser Welt tragen in gänzlicher Unabhängigkeit, ja Ahnungslosigkeit voneinander, das Universum konzentriert in sich; in ihrem jeweils gegenwärtigen Zustand sind Vergangenheit und Zukunft der Welt vollständig enthalten. Sie sind „Spiegel... der Kreaturen-Welt“ (§ 83). Es gibt keine Ungewißheiten über die Zukunft, keine Unsicherheiten und daher auch keine Enttäuschungen, die zu einer Änderung von Plänen und Entscheidungen Anlaß geben könnten. Ein moderner Begriff von gerichteter Zeit, von thermodynamischer Irreversibilität ist dieser durch und durch optimistischen Vorstellung ebenso fremd wie die moderne Skepsis gegenüber der Vorstellung von der Möglichkeit einer besten Welt.

Die Monaden harmonisieren als Substanzen prästabilisiert, da bereits das Begriffsgefüge, in dem sie idealiter konstruiert werden, die harmonische Ordnung impliziert. Die Monaden haben zwar einen Bezug zum Ganzen des Universum, aber keinerlei Relation untereinander, es sei denn, diese sei bereits im Spiegel des Universellen enthalten. Es gibt zwar einen „idealen Einfluß der einen Monade auf die andere...“, welcher seinen Erfolg nur durch die Dazwischenkunft Gottes haben kann...“ Eine Monade

2 Die Geister sind nicht nur Abbilder der Kreaturen-Welt, sondern auch Abbilder der Gottheit selbst. „Sie sind fähig, das System des Weltgebäudes zu erkennen und etwas davon in architektonischen Probestücken nachzuahmen, da jeder Geist in seinem Bezirk gleichsam eine kleine Gottheit ist“ (§ 83). Geister vermitteln zwischen dem „physischen Reiche der Natur und dem moralischen Reiche der Gnade“ (§ 86). Diese Vermittlung bezeichnet Leibniz als eine „zweite Harmonie“ (§ 87). Die Monaden sind also keineswegs gleich, sondern je nachdem, inwieweit sie an der Gnade der Gottheit teilnehmen können, hierarchisch geordnet, und diese (soziale) Hierarchie ist Bestandteil der prästabilisierten Harmonie.

kann nämlich mit Recht verlangen, „daß Gott von Anbeginn der Dinge bei der Ordnung der anderen Monaden auf sie Rücksicht nimmt. Denn da eine geschaffene Monade keinen physischen Einfluß auf das Innere der anderen haben kann, so kann nur durch dieses Mittel die eine von der anderen abhängig sein“ (§ 51).

Die einzelne Monade ist absolut, so wie Ludwig XIV, den Leibniz zur Übergabe einer Denkschrift 1672 aufsuchte, absolut war: „*l'état c'est moi*“, der Staat spiegelt sich in der ludowikischen Monas. Gesellschaftliche Beziehungen sind in diesem Begriffssystem nicht denkbar, es sei denn als „*l'autre c'est moi*“, d. h. der (die) andere spiegelt sich in mir und umgekehrt – doch der Spiegel ist entscheidend, nicht die Spiegelung. Die Gesellschaft ist eine „Weltmaschine“, „*machina divina*“, die in der Lage ist, die um sich selbst kreisenden Produktions- und Konsumtionstätigkeiten der Monaden zu verarbeiten und sie zurückzuspiegeln, ohne daß aus Produktions- und Konsumtionstätigkeiten Kommunikation zwischen den Monaden entstehen müßte. Denn die Tätigkeit der Monaden ist Perzeption (Vorstellungen einfacher Seelen oder Substanzen) und Apperzeption (bewußte Vorstellungen vernünftiger Seelen); sie „haben keine Fenster, durch die etwas hinein- oder heraustreten kann“ (§ 7).

David Harvey schreibt zu der fensterlosen Nicht-Kommunikation einen hübschen Kommentar aus der Perspektive eines US-amerikanischen Intellektuellen in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts: „Leibniz's besondere Lösung in der „Monadologie“ war auf Mängeln der politischen Praxis begründet. Diese hatten zur Folge, daß eine intellektuelle Monade sich in die fensterlose Welt (das Studierzimmer) zurückzog, um sich extensiv der Korrespondenz mit der äußeren Welt zu widmen. Das war eine besonders attraktive Reaktionsweise. Es ist kaum überraschend, daß die politischen Fehler der Linken während der letzten zwei Jahrzehnte einen ähnlichen Rückzug in eine fensterlose Leibniz-Welt internalisierter Beziehungen attraktiv erscheinen lassen.... Dieser Rückzug ist durch die Perfektion der Computer-Technik in vieler Hinsicht erleichtert worden (eine andere Innovation von Leibniz war ja die Entwicklung der ersten Rechenmaschine und der binären Arithmetik, eines universellen Kalküls, das alle menschliche Kultur und alle Sprachen zu einer einzigen Datenbank zusammenfassen sollte³). Das Bild des monadischen Indivi-

3 Vgl. dazu auch Blanke 1996 (Anm. d. Verf.)

duums vor dem Computer-Bildschirm, über Modem mit der weiten Welt des Cyberspace verbunden, ist in vieler Hinsicht die Erfüllung (und Wiederholung) des Leibnizischen Traums. 'Monaden haben zwar keine Fenster, aber sie haben Computer-Terminals' (Heim)" (Harvey 1996: 75 – Übers. EA)

Leibniz konstruiert die *harmonia mundi* aus einfachen und geistvollen Seelen bzw. Substanzen als ein rationelles, allumfassendes und daher globales System. Seine rationalistische Konstruktion hat Gesellschaft zum Ergebnis, aber nur eine von kommunikationslosen und geschlechtslosen Monaden, nicht eine von tätigen und daher interessierten und geschlechtlichen Individuen. Der Fortschritt der Leibniz'schen Konstruktion gegenüber vorangegangenen Weltentwürfen ist vor allem darin zu erblicken, daß er nicht nur eine Weltgestaltung für möglich hält⁴. Daher die Suche nach dem zureichenden Grund für die Existenz der wirklichen Welt aus der Vielzahl der möglichen Welten.

Den „Monaden“ wird erst Leben in den modernen Vertragstheorien eingehaucht. Die frühbürgerlichen politischen Theoretiker haben danach gefragt, wie zwischen tätigen Individuen Kommunikation zustandekommt und welche Logik es ist, die sie zur Vergesellschaftung von Gleichen bringt – und sogar dazu zwingt. Thomas Hobbes sieht die Menschen im Naturzustand in einem „Kriege aller gegen alle“, in dem sie sich wechselseitig die Köpfe einschlagen. Nur Abmachungen, Verträge können die notwendige Ordnung des Zusammenlebens *politischer Bürger* in Tugendhaftigkeit und Gerechtigkeit gewährleisten. Der Vertrag zwischen Menschen, die als Rechtssubjekte gedacht werden, hilft also, den kriegerischen Naturzustand zu überwinden und eine friedliche Gesellschaft zu konstituieren. Der Gesellschaftsvertrag ist die Konstitution einer Gesellschaft, die sich dann auch Organe gibt und sich auf diese Weise staatlich verfasst. Dies ist die Geburtsstunde des modernen bürgerlichen Verfassungsstaates. Die Monaden müssen ihre Fenster öffnen. So werden sie kommunizierende Individuen. Als solche haben sie ein Geschlecht, und dieses generiert Unterschiede und Herrschaftsverhältnisse, die hier nur angedeutet, nicht aber analysiert werden können.

Die Konstruktion des Beziehungsgeflechts zwischen Individuen,

4 Mit der Frage „konkurrierender Möglichkeiten“ und des „zusammen Möglichen“ in der Leibniz'schen Philosophie hat sich Hans Heinz Holz auseinandergesetzt. Vgl. Holz 1996

Gemeinschaft, Gesellschaft und Staat ist bei den Vertrags-Theoretikern von Hobbes über Locke bis Montesquieu und schließlich Rousseau höchst unterschiedlich. Es bilden sich im Verlauf der theoretischen Konstruktion von Gesellschaftsverträgen aber Prinzipien heraus, die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft politisch fundieren: *Erstens* die Annahme von der natürlichen Gleichheit der Menschen. Nur auf dieser Grundlage können die (männlichen) Menschen eine Gesellschaft von Gleichen bilden; auch die ökonomisch oder kulturell Ungleichen sind vor dem Gesetze gleich; nur die Gleichheit der Geschlechter ist nicht gewährleistet. *Zweitens* die Bestätigung des Prinzips der Autonomie gesellschaftlicher Gestaltung. Dieses Prinzip ist explizit jeder Vorstellung einer vor-gesellschaftlichen, religiösen Ordnung bei der Gesellschaftsgestaltung entgegengerichtet. Der Gesellschaftsvertrag bringt jenes Recht des politischen Gemeinwesens hervor, das alle regiert und das zur „Herrschaft des Gesetzes“, zum modernen Rechtsstaat ausdifferenziert wird. *Drittens* die Unterscheidung zwischen privater, individueller und politischer Moral. Private verfolgen ihre eigenen privaten Zielsetzungen, während es gemeinsame öffentliche, d. h. politische Zielsetzungen gibt. „*C'est pourquoy le salut des âmes n'est ni la cause ni le but de l'institution des sociétés civiles*“, so Diderot (zitiert bei Rosanvallon 1989: 67), dem allerdings – einige Jahrzehnte später – Rousseau die Idee der Übereinstimmung von privater und öffentlicher Willensbildung in der „*volonté générale*“ entgegenhält. Auf dem Weg von der Natur zur Kultur und vom Konflikt zum Konsens bricht sich die Vernunft eine Bahn. Im Gesellschaftsvertrag gelangt sie zu ihrem höchsten und zugleich paradoxen Ausdruck.

Die Paradoxie wird zum zentralen Thema in der schottischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Es geht um nicht weniger als um das Problem, die „alte“ Moral mit der „modernen“ Ökonomie zu versöhnen, also eine Begründung dafür zu liefern, daß die Verfolgung von Eigeninteressen und öffentliches Wohl kompatibel sind. Dies ist das Thema von David Hume und Adam Ferguson. Die Verfolgung privater Handelsinteressen hat die Steigerung des „wealth of his country“ zur Folge (Ferguson 1966: 180). In der „Bienenfabel“ des Bernard Mandeville aus dem Jahre 1705. Dort heißt es mit zeitgemäßer Ironie: „...*Trotz all dem sündlichen Gewimmel/ Warfs doch im ganzen wie im Himmel/ ...Der Allerschlechtesten sogar/ Fürs Allgemeinwohl tätig war....*“ (Mandeville 1705/

1957: 31). Im prosaischen Kommentar zu diesen parodischen Verszeilen schreibt de Mandeville: „Ich weiß, daß dies vielen als ein seltsames Paradoxon erscheinen wird, und man wird mich fragen, welcher Vorteil der Allgemeinheit aus Dieben und Einbrechern erwächst...“ Und er beantwortet diese Frage: „Wenn ... alle Leute durch und durch redlich wären, und keiner würde sich an andern Dingen als seinen eigenen zu schaffen machen oder vergreifen, so würde die Hälfte aller Schmiede im Lande beschäftigungslos sein...“ (de Mandeville: 80). Das klingt ganz modern; das Versprechen von Arbeitsplätzen rechtfertigt jedes noch so anrühige Exportgeschäft. Umwelt- und Gesundheitsschäden werden als „private vices“ zu „public benefits“ (Wachstum etc.) umgedeutet. Nur hat sich die Dimension, in der „private vices“ zu „public benefits“ werden, grundlegend verändert. Angesichts des inzwischen erreichten Niveaus von Naturverbrauch könnten selbst „private virtues“ nicht mehr in allen Fällen public benefits gewährleisten. Privates Erwerbsstreben heute ist „tragisches Handeln“ (Hardin 1968). Denn obwohl sogar im privaten Handeln tugendhaft, ist die Handlungsfolge oftmals die Zerstörung dessen, was den Menschen gemeinsam zur Verfügung steht: die Luft zum Atmen, das Wasser zum Trinken, aber auch die Kultur, die uns Identität gibt.

Voltaire kannte diese Tragik des 20. Jahrhunderts nicht, die im frühen 18. Jahrhundert als interessantes Paradoxon durchgehen konnte. In seiner bösen Parodie des Leibnizischen „*Compossibilitismus*“, d. h. der Philosophie des Möglichen im „*Candide oder der Optimismus*“ von 1759 läßt er seinen Philosophen Pangloss über die beste aller möglichen Welten rasonnieren, oder wie der Name Pangloss nahelegt: schwadronieren. Dieser meint zwar nach furchtbaren Erfahrungen auf einer Reise durch die Erbärmlichkeiten und Schrecken der „besten aller möglichen Welten“, daß „es keine Wirkung ohne Ursache gäbe und daß in der bestmöglichen aller Welten ... die Dinge nicht anders sein können, als sie sind, denn da alles um eines Zwecks willen geschaffen ist, dient alles notwendigerweise dem besten Zweck...“ Zuvor hatte er schon dargelegt: „Bemerken Sie bitte, daß die Nasen geschaffen wurden, um Brillen zu tragen, so haben wir denn auch Brillen...“ usw. (Voltaire 1759/1990: 5f.). Aber Pangloss gibt *Candide* schließlich doch recht, wenn er am Ende der fürchterlichen Reise durch eine Welt von Mord und Totschlag und Sklaverei davon spricht, „daß wir in unserem Garten arbeiten müssen“ – „Ihr habt recht“, sagte

Pangloss, „denn als der Mensch in den Garten Eden gesetzt wurde, geschah dies... auf daß er ihn bebaue, was beweist, daß der Mensch nicht zum Ausruhen geschaffen wurde.“ – „Arbeiten wir also, ohne zu philosophieren,... denn das ist das einzige Mittel, das Leben erträglich zu machen.“ (Voltaire 1759/1990: 148). Die Monaden in der prästabilierten Welt müssen also tätig werden, arbeiten, und dabei die Welt – und sich – verändern, also ihr fenster- und tätigkeitsloses, perzipierendes und apperzipierendes Monadendasein ablegen – und arbeiten.

Erst später, im 19. Jahrhundert, geht Heinrich Heine, der wie Goethe und Schiller Leibniz hoch schätzte, noch einen Schritt weiter: „Der Philosoph Pangloß hat Recht“, schreibt er 1824 in der „Harzreise“; „es ist die beste Welt! Aber man muß Geld in dieser besten Welt haben, Geld in der Tasche und nicht Manuskripte im Pult...“ (205). Arbeit und Geld, Arbeitsgesellschaft und Geldgesellschaft – das sind Gegensätze, die uns die moderne Globalisierung besser verstehen lassen.

Arbeit und Eigentum

Bevor an diesem Faden weitergesponnen werden kann, muß ein weiteres Prinzip genannt werden, das für die Entwicklung des Denkens über Gesellschaft und Vergesellschaftung fundamental wird: Die Freiheit des und der einzelnen basiert auf Rechten an privatem Eigentum. Die Vorstellung von *property rights* als Grundlage aller Aktivitäten der Vergesellschaftung ist systematisch von John Locke in seiner Schrift „Über die Regierung“ (1690) entwickelt worden. Die Welt wurde den Menschen gemeinsam gegeben und alles, was die Natur hervorbringt, ist Gemeineigentum aller Menschen. Der einzelne Mensch besitzt aber, weil freier Mensch, ein Sondereigentum an seiner eigenen Person und hat daher über die Äußerung seines Geistes und Körpers ein ausschließliches Recht. Die „Arbeit bewirkte einen Unterschied zwischen ihnen (den Früchten der Natur – EA) und dem gemeinsamen Besitz. Sie fügte ihnen etwas hinzu, was mehr war als die Natur, die gemeinsame Mutter von allem, ihnen gegeben hatte, und somit gelangte er zu seinem persönlichen Recht auf sie...“ (Locke 1977: 217; § 28). Durch Arbeit an der Natur ist diese nicht nur aus ihrem ursprünglichen Zustand gerissen. Darüber hinaus ist das

durch Arbeit „begeistete“ Stück Natur in Wert verwandelt. „Denn es ist tatsächlich die Arbeit, die jedem Ding einen unterschiedlichen Wert verleiht“ (Locke 1977: 225; § 40). Der Arbeitende hat durch seine aktive Lebensäußerung ein Recht auf das Stück Natur erlangt. Das gemeinsame Recht aller auf die unbearbeitete Natur im „Naturzustand“ ist dadurch, daß „das Eigentum desjenigen anerkannt (wird), der seine Arbeit darauf verwandt hat, auch wenn vorher alle ein gemeinsames Recht darauf hatten“ (Locke ebenda: 218; § 30), nun abgelöst durch ein Regime von „private property rights“: ...die Bedingung des menschlichen Lebens... führt notwendigerweise zum Privatbesitz“ (§ 35). Sobald die Natur bearbeitet worden ist, geht die *res nullius* oder die *res communis* in das Eigentum des Arbeitenden (im obigen Sinne) über, sie wird *res particularis*.

Durch Arbeit wird folglich das natürliche System in eine Ansammlung isolierter Partikel zerlegt, die Menschheit löst sich, wie Friedrich Engels bemerkt, in „Monaden (auf), deren jede ein apartes Lebensprinzip und einen aparten Zweck hat, die Welt der Atome ist hier auf ihre höchste Spitze getrieben“ (MEW 2: 257). Es kann hier nur angemerkt werden, daß Engels Begriff der Monade mit dem Leibniz'schen Begriff wenig zu tun hat, aber typisch für moderne Umdeutungen des Monadenbegriffs ist. Durch Arbeit werden natürliche Ressourcen aus ihrem Ambiente herausgelöst, um als Waren verwertet, d. h. in Geld verwandelt werden zu können. Dies ahnte Voltaire, als er in einer Bemerkung zu Mercier de la Rivière's Schrift über die „natürliche Ordnung“ bemerkte, daß ihn die Lektüre in eine schlechte Stimmung versetzt habe. „Es ist gewiß, daß Land alles hervorbringt. Wer sollte davon nicht überzeugt sein? Doch es ist eine monströse Vorstellung, daß ein einzelner Mensch der Eigentümer allen Landes sein könnte“ (zit. nach McNally 1988: 142).

Die „Kommodifizierung“ des Bodens, darauf verweist Karl Polanyi in seiner „Great Transformation“ (Polanyi 1978), ist der Hebel der Übernutzung. Im kolonialen und post-kolonialen Brasilien beispielsweise wollten „alle... ohne große Opfer übertriebene Erträge aus den Böden pressen, nur um ihn zu erschöpfen und ihn zerstört zurückzulassen.“ (Buarque 1995: 37). Isolation oder artifizielles Zusammenfügen der Ressourcen sind häufig nichts anderes als die Zerstörung eines Ökosystems: die Verwandlung der Wasserkraft in die Ware Elektroenergie ist nur möglich durch die Flutung großer Landareale mit radikalen Änderungen eines Ökosystems;

Edelhölzer werden gewonnen, indem Schneisen in den „nutzlosen“ Wald ringsum geschlagen werden und „cash crops“ werden gepflanzt, nachdem die Waldbedeckung abgebrannt worden ist. Nur der ökonomische Wert zählt, nicht das „wertlose“ Umfeld. Die „Inwertsetzung“ impliziert also immer eine zumeist verschwiegene Definition des Nicht-in-Wert-zu-setzenden, das als „Wertloses“ auch destruiert werden kann. Wer Kraut sagt, hat auch Unkraut im Sinn. Bei Locke freilich wird durch Arbeit nicht nur bislang gemeinsames Land privat angeeignet, es wird dadurch auch „das gemeinsame Vermögen der Menschheit nicht vermindert, sondern vermehrt“ (§ 37).

Allerdings hebt John Locke scharf hervor, daß Arbeit nicht nur Eigentum begründet, sondern ihm auch eine Grenze setzt: „Dasselbe Naturrecht, das uns durch dieses Mittel Eigentum gibt, zieht dem Eigentum auch Grenzen...“ (§ 31). Diese sind mit der begrenzten Genußfähigkeit gegeben. Allerdings ist diese Grenze aufgehoben, als „der Gebrauch des Geldes aufkam“ (§ 47). Doch gibt es andere Grenzen, nämlich die der anderen privaten Eigentümer. Denn die Wahrnehmung der Rechte aus dem privaten Eigentum kann „externe Effekte“ für andere Eigentümer, und zwar positive wie negative, zur Folge haben: „Auch gereichte diese Aneignung irgendeines Stückes Land, indem man es bebaute, niemandem zum Schaden, da noch genügend und gleich gutes Land übrigblieb... So stellte in Wirklichkeit die Abgrenzung für den eigenen Bedarf keine Benachteiligung für die anderen dar...“ (§ 33). Eine Benachteiligung erfolgt also dann, wenn nicht mehr genügend Land zur Verfügung steht, wenn also – modern gesprochen – die „*carrying capacity*“ von natürlichen Systemen überschritten, die „*Grenzen des Umweltraums*“ (dazu: Wuppertal-Studie 1996; Altvater/Mahnkopf 1996: 520ff.) erreicht worden sind. Dann nämlich wird durch privates Sondereigentum des A die Wahrnehmung der Eigentumsrechte des B beeinträchtigt. Der B muß nicht unbedingt ein Nachbar, es kann auch der Angehörige einer späteren Generation sein, der die Folgen des Tuns der gegenwärtigen Generation zu tragen hat. Dieser Sachverhalt verweist *erstens* darauf, daß der bürgerliche Diskurs ein historisches Suffix aufweist. Wenn sich die privaten Eigentümer weit von den Grenzen des Umweltraums entfernt durch Arbeit Parzellen des Erdbodens aneignen, kann er anders geführt werden, als nahe an diesen Grenzen, wo die Absteckung von „claims“ notgedrungen

andere Privateigentümer beeinträchtigt. Mit den aus dieser Situation sich ergebenden Problemen für die Verträge zwischen unabhängigen Individuen setzen sich im 20. Jahrhundert liberale Ökonomen wie Ronald Coase auseinander, die nach rationalen Verhandlungslösungen suchen, also das Prinzip des Gesellschaftsvertrags zwischen Individuen retten wollen, obwohl doch an den Grenzen des Umwelttraums dessen Geschäftsgrundlage nicht mehr gegeben ist. Es ist die Größe von John Locke, daß er diese Grenze der vertragstheoretischen Begründung von Gesellschaftlichkeit gesehen hat.

Locke verwendet den Arbeitsbegriff seiner Zeit: „Das Gras, das mein Pferd gefressen, der Torf, den mein Knecht gestochen, und das Erz, das ich an irgend einer Stelle gegraben, wo ich ein Recht darauf in Gemeinschaft mit anderen habe, wird auf diese Weise mein Eigentum ohne die Anweisung oder die Zustimmung irgend jemandes“ (§ 28). Locke versteht also unter „meiner“ Arbeit auch die „meiner“ Knechte und Pferde. Der Erzeugung von privaten Eigentumsrechten ist also das Herrschaftsverhältnis des Herrn über Natur und Knecht begrifflich vorausgesetzt und historisch vorausgegangen. Und die Arbeit der Frauen? Deren Früchte gehen nicht in das Eigentum der Frau, sondern in das des Ehemanns über. Der Vertrag, der die politische Gemeinschaft begründet, folgt den Prinzipien der *Vernunft*. Jener Vertrag allerdings, der die eheliche Gemeinschaft regelt, gehorcht nach Auffassung der Vertragstheorie biologischen Gegebenheiten. Die Mutterschaft und die natürlichen Bedingungen der menschlichen Entwicklung begründen die Abhängigkeit der Frau vom Mann (dazu: Benhabib/Nicholson 1987: 530ff.).

Die unsichtbare Hand

Wie ist es möglich, daß bei der Mehrung privaten Eigentums und trotz des impliziten Herrschaftsverhältnisses gesellschaftliche Kohäsion entsteht und erhalten wird und zugleich der ökonomisch meßbare „Wohlstand der Nation“ steigt? Auf diese Frage geben die Vertragstheoretiker eine unzureichende Antwort. Sie können nicht zureichend begründen, warum die Verfolgung individueller Interessen an der Mehrung von privatem Eigentum gesellschaftlichen Wohlstand nicht nur nicht ausschließt, sondern her-

vorbringt. Albert Hirschman (1984) arbeitet heraus, daß die klassische Annahme von den „ruhigen Leidenschaften“, mit denen die Interessen verfolgt werden, die Brücke zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlicher Rationalität (ihren Ausdruck im steigenden gesellschaftlichen Wohlstand findend) bildet. In der schottischen Aufklärung ist es der „sense of sympathy“, ...which constitutes the principle of attraction in society“ (McNally 1988: 168f.) – ganz vergleichbar den Gesetzen Newtons über die Schwerkraft in der unbelebten Natur. Diese unbefriedigende Brücke wird erst überflüssig, als David Hume und später Adam Smith die unerhörte moderne Begründung finden, daß Vergesellschaftung (auch) ein versachlichter, ökonomisch durch das Geld gesteuerter Prozeß ist. Gesellschaft entsteht danach nicht allein durch den Vertrag zwischen politischen Bürgern, die sich dessen, was sie da vertraglich vereinbaren, voll bewußt sind – und vor allem die Option besitzen, den Vertrag nicht zu schließen. Vielmehr wird das Geld, wie Marx später sagt, zum wahren und realen Gemeinwesen, das „hinter dem Rücken“ der Vertragspartner als bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft reproduziert wird. Das Medium der Gesellschaft ist schon da, bevor die Bürger an einen Vertrag auch nur gedacht haben. Damit entsteht die Voraussetzung für den Fetischismus der Ware und die Sachzwanghaftigkeit von Vergesellschaftung einerseits, und die Vorstellung eines nicht ans Territorium, an den konkreten Ort gebundenen Vergesellschaftungsmechanismus („*l'opérateur de l'ordre social*“ Rosanvallon 1989: 70) andererseits: Der Raum des Marktes und daher der bürgerlichen Gesellschaft ist die gesamte Welt, der Globus. Gesellschaft kann als System, als eine Ordnung gedacht werden. Auf der Suche nach ihren Prinzipien entwickelt Quesnay etwa zur gleichen Zeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert das *tableau économique*, beziehen sich Hutcheson und Hume auf soziale „Gravitationsgesetze“. Besonders ausgeprägt ist später die systemische Konstruktion von Gesellschaft bei einem der Begründer der modernen Soziologie, bei August Comte, auf den sich explizit noch im 20. Jahrhundert moderne Entwicklungsdiktaturen beziehen: der Kemalismus in der Türkei oder Brasilien, das in seiner Staatsflagge die beiden zentralen Begriffe trägt: „Ordem e progresso“, Ordnung und Fortschritt.

„Die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende

Schranke“ (Marx, Grundrisse 1859/1953: 311). Schon der Physiokrat Le Trosne nennt die Kaufleute eine „*classe cosmopolite*“, deren Vermögen „*ni patrie ni frontière*“ kennt (Rosanvallon 94); „Monetary fortunes, (Quesnay) writes, Çare a clandestine form of wealth which knows neither king nor country’ As a result, merchants are ‘foreigners’ to their nation“ (McNally 1988: 117). Der ökonomische Raum, in dem politische Grenzen tendenziell „dereguliert“ werden, ist durch die Aktivitäten der Aneignung aus privaten Eigentumsrechten charakterisiert. Der politische Bürger, der mit dem Vertragsschluß und einer Verfassung sich selbst Grenzen setzt, ist nun auch Wirtschaftsbürger, zugleich *bourgeois und citoyen*. Die „alte“ (feudale) Gesellschaft weicht der „neuen“ (kapitalistischen) Gesellschaft im Zuge dieser „great transformation“ (Polanyi 1978). Eigentumsrechte sind die Basisinstitute der globalen Wirtschaftsverfassung; die Abkommen über „trade related intellectual property rights (TRIPS) oder die Verhandlungen über das „Multilateral Agreement on Investment“ und ähnliche Regelungen in mehr als 1500 bilateralen und regionalen Investitionsschutzabkommen legen davon Zeugnis ab. Die Dynamik der Aneignung aus den Eigentumsrechten sprengt jene Grenzen, die vertraglich gesetzt sind. Die Physiokraten waren in dieser Hinsicht besonders konsequent und radikal; die politische Verwaltung solle das Wirken der Gesetze der „natürlichen“ Gesellschaftsordnung nicht behindern, die Konkurrenz des Marktes Sorge für angemessenen Interessenausgleich; die beste Politik sei die des „*laissez faire, laissez aller*“ und die beste Maxime für privates Verhalten heiÙe: „*Enrichissez vous!*“. Dieses Wort ist von Marx polemisch und sarkastisch zugespitzt worden: „Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ (MEW 23: 621). Die Aufforderung findet heute in der Regel, den „shareholder value“ zur Leitlinie unternehmerischen Handelns zu machen und keine Einflüsse von sozialen und politischen Akteuren (beispielsweise von Gewerkschaften und Regierungen) auf das Unternehmensmanagement zuzulassen (Vgl. The Wall Street Journal, 2.4.98), ihren zeitgemäÙen Ausdruck.

Allerdings muß den Physiokraten zugebilligt werden, daß sie sich die grenzenlose ökonomische Freiheit des individuellen unternehmerischen Handelns nur in einem wohlgeordneten Gemeinwesen vorstellen konnten. Wie schon die „*tableaux économiques*“ darlegen, hatten sie immer eine auf agrarischer und nicht auf industrieller Produktion gegründete Gesellschaft

vor Augen, konnten also gar nicht erahnen, welche – auch zerstörerische – Dynamik individuelle Initiative freizusetzen vermag. Im übrigen war dies bei Adam Smith nicht anders; auch er bezog sich eher auf einen agrarisch strukturierten Kapitalismus, auch wenn er sein Werk über den „Wealth of Nations“ mit der Diskussion der Wirkungen der Arbeitsteilung in der Manufaktur beginnt. Ilya Prigogine und Isabelle Stengers verweisen in ihrem Buch „Dialog mit der Natur“ auf die „amüsante Tatsache, daß Adam Smith an seinem Reichtum der Nationen arbeitete und Daten über die Aussichten und Bestimmungsgründe des industriellen Wachstums zusammentrug, als James Watt an der gleichen Universität dabei war, letzte Hand an seine Dampfmaschine zu legen. Dennoch sieht Adam Smith in seinem Buch den einzigen Nutzen der Kohle darin, Heizwärme für die Arbeiter zu liefern. Wind, Wasser und Tiere sowie die einfachen Maschinen, die von ihnen angetrieben wurden, waren im 18. Jahrhundert noch immer die einzig denkbaren Kraftquellen“ (Prigogine/Stengers 1986: 111). Die beginnende Industrialisierung lagerte noch weitgehend auf der Landwirtschaft auf. Um so bemerkenswerter ist die Weitsicht, die Smith und andere bei der Debatte von Eigentumsrechten und Marktprozessen an den Tag legten.

Der Markt ersetzt die Vorstellung der prästabilierten Harmonie einer Welt von Monaden, die „kraft der zwischen allen Substanzen prästabilierten Harmonie, da sie ja alle Repräsentation eines und desselben Universums sind, (zusammentreffen)“ (§ 78). Er ersetzt aber auch die Idee des Gesellschaftsvertrags. Er ist als Institution schon existent, bevor die Staats- und Wirtschaftsbürger einen Vertrag schließen, und sorgt für ein triviales gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, das sich aus den durch die „invisible hand“ gelenkten individuellen Aktionen von Aktivbürgern hinter ihrem Rücken bildet: Jemand „intends only his own gain, and he is in this, as in many other cases, led by an invisible hand to promote an end which was no part of his intentions“ (Smith 1776/1976: Book I: 477). Das ist ganz ähnlich der Idee von Mirabeau in der „*Philosophie rurale*“, daß „the whole magic of well-ordered society is that each man works for others, while believing that he is working for himself“ (nach. McNally 1988: 123).

Markthandeln bemißt sich daran, ob es einen Überschuß hervorbringt, ob es die „opulence“, wie Adam Smith ausführt, steigert. Der quantitative, an qualitative Grenzen nicht orientierte Prozeß ist außerordentlich expan-

siv, strebt über die Reichweiten des „bedürftigen Individuums“ hinaus und stellt, wie Aristoteles betont, eine Bedrohung für das Zusammenleben in der Polis dar: Der Zwang zum Überschuß, also die Dynamik des Wachstums einerseits und die soziale Stagnation traditioneller Gesellschaften andererseits, vertragen sich nicht. Der Markt verlangt nach gesellschaftlicher Transformation, die Karl Polanyi in seiner Geschichte der Entstehung einer Marktwirtschaft in England (Polanyi 1978) als einen Prozeß der „Entbettung“, der Herauslösung der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bahnen und Kontrollen und der Mißachtung ökologischer Kreisläufe analysiert.

Profit und Wachstum werden zu einem gängigen und determinierenden Ordnungsprinzip, wenn die Arbeitskraft und auch die Natur unter das Kapital „reell“ subsumiert worden sind. Wachstum und daher Wohlstandssteigerung verdanken sich in erster Linie der vertieften Arbeitsteilung. Diese ermöglicht die Spezialisierung der Arbeiten und daher Produktivitätssteigerungen. Mit ihnen ist es möglich, den Wohlstand der Nationen zu heben. Dies ist der gemeinsame Ausgangspunkt von Adam Smith und David Ricardo. Die Konkurrenz drängt zur Vertiefung der Arbeitsteilung auf dem Markte und zur Spezialisierung in der Fabrik. So wird der technische Fortschritt stimuliert. Die Konzentration der menschlichen Ingenuität auf ökonomisch verwertbare Leistungen ist zweifellos und zuvörderst der Konkurrenz geschuldet. Marktwirtschaften sind in hohem Maße innovationsfreudig; aber jede Innovation ist das Resultat kreativer Zerstörung (J. A. Schumpeter) oder destruktiver Kreation. Denn wie das Lernen des Neuen die Kehrseite des Vergessens des Alten kennt, können innovative Strukturen nicht einfach den alten hinzugefügt werden; diese werden verdrängt, vernichtet oder zumindest im Innovationsprozeß modifiziert.

Ohne den Zwang des Marktes geht die menschliche Schöpferkraft nicht verloren und geniale Künstler, Philosophen, Wissenschaftler, Politiker und sogar innovationsfreudige Unternehmer kann es auch in anderem als dem marktwirtschaftlichen Umfeld geben; nur orientieren sie sich eher auf Gebiete, die ökonomisch uninteressant sind und nichts Verwertbares hervorbringen – und deshalb in einer vom kapitalistischen Markt dominierten Welt nichts gelten. „Nichts gelten“, das heißt aber nichts anderes als ökonomisches Scheitern, Krise. Mit dem Wachstum in der Zeit und Expansion

im Raum wird auch der Bereich der Geltung der formalen Marktrationalität ausgedehnt; die „europäische Rationalität“ mit der neoliberalen Idee von der wohlstandssteigernden Wirkung der *invisible hand* beherrscht die Welt.

Geld und Kapital

Marktwirtschaften sind (kapitalistische) Geldwirtschaften und diese sind prinzipiell instabil. Der Zins muß während des Zeitraums der Ausleihe einer Kapitalhauptsumme gezahlt werden. Also wird die Gegenwart mit der Zukunft verknüpft – freilich anders als in der Welt der Monaden; diese spiegeln das Universum in allen seinen Dimensionen und es folgt aus dem Sachverhalt, daß sie in sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufnehmen, nicht die Unannehmlichkeit der Unsicherheit und des Risikos, dem die Subjekte der Geldwirtschaft ausgesetzt sind. Der Monadenwelt ist die der prästabilisierten „Weltharmonie“ (Leibniz B59), die Welt der Geldwirtschaft hingegen kennt das individuelle Scheitern und die gesellschaftliche Krise. Auch wenn in der Welt des Geldes Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft durch den Diskont auf die Dimension der Gegenwart zusammengebracht und der Kapitalwert so als Gegenwartswert berechnet werden, ist in der wirklichen Welt – wie die Thermodynamik lehrt – die Zeit gerichtet. Die Zukunft ist nur in Gestalt von Erwartungen, die auch enttäuscht werden können, in den Gegenwartsentscheidungen einzubeziehen. Zukunftssträchtige Entscheidungen (vor allem über Investitionen) erfolgen somit unter Bedingungen der Unsicherheit. Daher ist im Zins notwendigerweise eine Risikokomponente enthalten. Instabilitäten der marktgesteuerten Wirtschaftsprozesse sind unvermeidlich. Sie generieren veritable Krisen, die keineswegs auf die Geldsphäre beschränkt bleiben. Es wäre ein Leichtes, dies an den Finanzkrisen der jüngsten Vergangenheit in Mexiko oder in Asien und Rußland, in Brasilien und anderswo zu belegen, oder auf die Tulpenkrise in Holland, die Mississipi- und Südsee-Spekulation im 18. Jahrhundert und andere finanzielle „bubbles“ in der Geschichte des Kapitalismus zu verweisen. Das Geld ist das „wahre Gemeinwesen“, und die Gemeinwesen der Menschen geraten unter die Räder.

Mit dem Geld entstehen neue Kategorien im Ensemble marktwirt-

schaftlicher Formen: die freien und gleichen Tauschpartner werden Gläubiger und Schuldner. Darin steckt eine prinzipielle Ungleichheit; bürgerliche Gesellschaften können, da sie auf Markt- und Geldwirtschaften auflagen, bestenfalls politische, niemals aber ökonomische Gleichheit voraussetzen und hervorbringen. Denn einer hat eine Forderung, der andere folglich eine Verpflichtung. Die Quelle des (pekuniären) Zinses können in der Regel (und auf Dauer) nur (reale) Einkommensflüsse sein. Die Existenz von Geld- und Kreditmärkten und daher von Zinsen übt demzufolge einen wirksamen Druck auf die Unternehmen aus, die realen Gewinne der Höhe der Zinsen anzupassen; der „*shareholder value*“ zählt und die zu erreichende „*benchmark*“ wird durch die Renditen an den internationalen Börsenplätzen gesetzt

Die Zinsforderung des Gläubigers kann die Möglichkeiten des Schuldners, die Verpflichtung einzulösen, übersteigen. Das vom Markt hervorgebrachte Geld (die Forderung) „entkoppelt“ sich von der realen Welt der Güter, der Dienste und der Arbeit. Diese Entkopplung freilich kann niemals eine Autonomie des Geldes gegenüber der realen Ökonomie begründen. Selbst die abgehobene Sphäre der Derivate ist nicht von der Welt der Arbeit, der Produktion und Verwertung losgelöst. Denn die Geldvermögen stellen Ansprüche auf reale Einkommensflüsse dar, die in Form von Gewinnen und Löhnen erzeugt werden müssen. Gerade die Unvollkommenheit der Entkopplung, gepaart mit der durch moderne Techniken enorm gesteigerten Mobilität und Flexibilität von Kapitalanlagen, die wie Canettis „Totenheere“ durch die Landschaften ziehen und Verwüstung hinterlassen (vgl. dazu Altvater 1998) ist ein Grund der Finanzkrisen, die regelmäßig die kapitalistische (Welt)ökonomie erfassen. Denn wäre sie perfekt, brauchte einen das Geschehen an den Börsenplätzen der Welt nicht zu kümmern und Kurssteigerungen und Kursverfall sowie die Bewegungen der Wechselkurse könnten einen kalt lassen, da es sich um „Nullsummenpiele“ zwischen „Spekulanten“ handeln würde. Doch fließt beispielsweise die Verzinsung von US-amerikanischen Pensionsfonds zu einem großen Teil als Pensionszahlung an privat versicherte (US-amerikanische) Rentner. Die Zinsen stammen aus Kapitalanlagen in „emerging markets“ in Asien, die der Belastung nicht standgehalten haben und zusammengebrochen sind. Die Abwertung der Währungen hat nun wiederum zur Folge, daß sich Geldvermögen in harter Währung günstig zum

„Schnäppchenpreis“ in Ländern einkaufen können, die bis vor kurzer Zeit noch ihre territoriale Ökonomie gegen diese Art der subalternen Einbeziehung in den globalen Markt protegiert hatten. Die Renten in den USA werden also gesichert, indem die Sozialsysteme in anderen Weltregionen destruiert werden.

Die „*invisible hand*“ ist keine schmeichelnde, sanfte Hand, sondern sie schlägt hart und manchmal brutal zu. Der Marktmechanismus, so stellte es sich Adam Smith vor, ist geeignet, die Arbeitsteilung zu vertiefen, dabei die Produktivität zu steigern und mithin den Wohlstand der Nationen anzuheben. Die „beste aller möglichen Welten“ braucht gar nicht rationalistisch konstruiert zu werden; sie ergibt sich aus der Wirkung des Marktmechanismus, den die Individuen durch ihr interessegeleitetes Handeln unbeabsichtigt zum Besten aller in Gang setzen und halten.

Doch sind Marktwirtschaften Geldwirtschaften, und das Geld ist Generator und Transportmittel von ökonomischen und sozialen Krisen, die die schönen Errungenschaften des Marktes vereiteln können. Es ist, wie schon Aristoteles darlegte, ein armseliges und überhaupt kein „gutes“ Leben, wenn sich die von menschlichem Handeln ausgelöste ökonomische Dynamik am grenzen- und maßlosen „Kapitalerwerbstreben“ bemißt, wenn das „pulsierend Lebendige“ (Hegel) den äußeren Sachzwängen eines von der invisible hand gesteuerten globalisierten Marktes ausgeliefert ist. Letztlich macht sich hier der von Marx ins Zentrum gestellte *Doppelcharakter* der Arbeit geltend: „Konkrete Arbeit“ hat den Gebrauchswert produziert; sie ist an dessen Qualität gebunden und in ihrer Reichweite begrenzt. Als „abstrakte Arbeit“ aber verkörpert sie sich im Wert, dessen vergegenständlichte und gesellschaftlich allein gültige Form das Geld ist – in der globalen Ökonomie also das jeweilige Weltgeld. Dieses bringt alle Qualitäten auf eine einzige Dimension. Diese läßt schier unendliche, quantitative Steigerung zu, bis zur Überdehnung sozialer Verhältnisse und bis zur Überlastung der Natur – und bis zur ökonomischen Krise. Smith hat die Prozesse der verdinglicht-abstrakten Vergesellschaftung herausgearbeitet. Marx hat einen mächtigen Schritt in der Analyse von Vergesellschaftungsprozessen vorwärts gemacht, als er die abstrakte und konkrete Seite, die Rolle des Geldes und der Arbeit der Kritik unterzog. Nur die „dialektische“ Beachtung des Wirkens der konkreten und abstrakten Seite gestat-

tet es, Vergesellschaftung als einen krisenhaften Zusammenhang zu begreifen.

Die visible hand

Geld hebt obendrein jene noch von Locke konstatierte Grenze des Eigentums – das was durch Arbeit der Natur entrissen werden kann und was dem Eigentümer nützlich ist – auf. Geld kann nahezu grenzenlos angehäuft, konzentriert werden, und zwar in Form von monetären Vermögen und umgesetzt in der Gestalt großer Unternehmen. Dieser Prozeß aber verwandelt den Markt; der Kapitalismus der Konkurrenz wird zum „Monopolkapitalismus“, zum „managerial capitalism“. Neben der „invisible hand“ kommt die „visible hand“ (Chandler 1977) der großen Monopolunternehmen ins Spiel. Denn der moderne Konzern hat die Vielzahl kleiner Unternehmen ersetzt, indem er sie geschluckt, und auf diese Weise deren Marktaktivitäten „internalisiert“ hat. Einstige Markttransaktionen werden innerhalb der Unternehmenshierarchien durch mächtige Manager zentral koordiniert und abgewickelt. Die Funktionen von Eigentum und Management trennen sich voneinander. Das Resultat sind verbesserte Effizienz, höheres Wachstum und eine Veränderung der „basic structure... of the economy as a whole“ (Chandler 1977: 10) – und wir können hinzufügen: nicht nur der Wirtschaft, sondern von Politik und Gesellschaft. Die Koordination des Wirtschaftsprozesses wird in „fordistischen Zeiten“ von Massenproduktion und Massenkonsumtion nicht mehr der „invisible hand“ des Marktes überlassen, sondern sie wird von der „visible hand“ der großen Konzerne übernommen.

Auch der Staat ist bei dieser Koordination, ebenfalls sichtbar, weil aktiv interventionistisch beteiligt. Dabei handelt es sich aber nicht mehr um den Staat, den sich die politischen Bürger per Gesellschaftsvertrag gegeben haben. Es ist auch nicht der von Adam Smith im V. Buch der „Inquiry...“ unter dem Titel „Of the Revenue of the Sovereign or Commonwealth“ beschriebene Staat, der – ganz anders als es die Regel des „laissez faire, laissez aller“ der Physiokraten nahelegt – für jene Rahmenbedingungen Sorge tragen muß, die die Konkurrenz und daher die Vertiefung der Arbeitsteilung zum Besten aller befördern. Das sind die innere und äußere

Verteidigung, das Justizwesen, öffentliche Einrichtungen und Institutionen zur Förderung von Produktion und Handel, das Erziehungs- und Bildungswesen und schließlich „expences of supporting the Dignity of the Sovereign“. Für diese Staatsaufgaben müssen Ausgaben getätigt werden, und damit diese ohne Schuldenmachen finanziert werden können, müssen Steuern erhoben werden (Smith 1776/ 1976: Vol II, 213ff.).

Der Staat ist also Steuerstaat. Smith überlegt sehr ausführlich, welche Transaktionen und Einkommen, wie und mit welcher Wirkung besteuert werden sollten. Der Steuerstaat ist jedenfalls Territorialstaat, da ja nur jene Vermögensbestände und Einkommensflüsse zum Gegenstand der Besteuerung werden können, auf die der Staat Zugriff hat. Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird vom Staat zusammengefaßt, eingeeht und eingegrenzt. Die Mittel, dies zufriedenstellend zu bewerkstelligen, zweigt der Staat aus den Einkommensflüssen ab. Regierungen müssen sich daher an die Bedingungen halten, unter denen die Einkommensflüsse in kapitalistischer Gesellschaft zustandekommen. Dies ist das Vehikel, mit dem die ökonomische Rationalität auch in politischen Entscheidungen zur Geltung gebracht wird. Die „Marktlogik“ ist auch im politischen System präsent.

Auch der Staat der durch die visible hand gesteuerten Wirtschaft ist Territorialstaat, freilich sind ihm Aufgaben zugewachsen, von denen Smith nicht einmal träumen konnte. Chandler beschreibt die gewaltigen Aufwendungen für eine der „mass production“ und „mass distribution“ angemessene Infrastruktur, die Tendenzen des „System-Building“, der „Systematisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft, die ohne Staatseingriff gar nicht gelingen kann. Hinzu kommen die Aufgaben des modernen Wohlfahrtsstaates in einer „Massendemokratie“. Denn die formellen Rechte der Beteiligung lassen sich auf bloße Prozeduren nicht begrenzen, sie werden material und substanziell unterlegt. Die Bürgerrechte in der Industriegesellschaft haben eine soziale Komponente. Der moderne Kapitalismus mit seiner „visible hand“ ist also „politisch“ und in den Grenzen der „industriellen Demokratie“ sozial, jedenfalls in den Belangen, die auf dem Territorium des Staates reguliert werden können. Die politische Gewalt schützt das Privateigentum, und da privates Eigentum nur eine „juristische Illusion“ (Marx) ist, solange aus dem Privateigentum nicht private Aneignung folgt, sichert sie auch Aneignung, also Profite, Zinsen,

Wachstum gegen jene, die Kontinuität und Dynamik des Aneignungsprozesses mit ihren Aktionen stören könnten.

Die Dynamik der Aneignung läßt sich nicht territorial einschränken, zumal wenn Vermögen flexibel angelegt und räumlich mobil bewegt werden können. Die Staatsgrenzen sind immer zu eng gezogen, sie sind für global mobiles Kapital ein Hindernis, das durch „Deregulierung“ überwunden wird. Der Raum der Eigentumsrechte, dies ist bereits erwähnt worden, ist der gesamte Globus und nicht das Territorium des einen oder anderen Nationalstaats. „Eigentum verpflichtet“ (Art. 14 GG), aber jenes Eigentum, das sich als Geldvermögen mobil auf der Suche nach besten Anlagemöglichkeiten auf dem Globus bewegt, kann sich der Verpflichtung entziehen. Das geldförmige Eigentum hat „Exitoptionen“, die das territorial begrenzte Locke'sche Eigentum *natürlich* nicht hat. Doch, so Hegel, auch „der Staat hat ein Maß seiner Größe, über welches hinausgetrieben er haltungslos in sich zerfällt unter derselben Verfassung, welche bei nur anderem Umfange sein Glück und seine Stärke ausmachte“ (Hegel, Logik, zit. nach Negt/Kluge 1992: 31). Es ist tatsächlich zu bezweifeln, daß es überhaupt ein „Gefäß“ (eine Verfassung) geben kann, in die ein Weltstaat hineinpassen würde, der als solcher die ökonomische Globalisierung einholen und die Gesellschaften zu einer „Weltgesellschaft“ zusammenfassen könnte. Der Utopie einer Weltgesellschaft hängt Luhmann (1987) nach; jedoch läßt sich deren Existenz kaum nachweisen, zumal dann nicht, wenn der Widersprüchlichkeit von Arbeit und Geld keine Beachtung geschenkt wird. Mit anderen Worten: Die Entgrenzung der Staatenwelt und die Auflösung der politischen Räume einerseits, die ökonomische Globalisierung andererseits und das Nirgendwo einer Weltgesellschaft verweisen darauf, daß Vergesellschaftung in Zeiten der Globalisierung vielfach fragmentiert ist.

Globalisierung

Der These von der Globalisierung wird von nicht wenigen gerade wegen der unbezweifelbaren Fragmentierung von Ökonomie, Gesellschaft, Politik heftig widersprochen. Da sind zunächst diejenigen, die der keynesianischen Tradition verpflichtet sind. Sie eint die nationalstaatliche

Sichtweise auf wirtschaftliche Prozesse. Die Märkte, und daher der Wettbewerb, sind wesentlich national, die Ökonomie also eine „National-ökonomie“. Die Konvertibilität der Währungen ist beschränkt und die Kapitaltransfers sind daher nationalstaatlich kontrollierbar. Folglich muß man sich bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Arbeits- und Lohnverhältnis) nicht besonders um die Billiglohnkonkurrenten „jenseits der sieben Berge“ kümmern. Auch die (nationalstaatliche) Zentralbank ist eine Institution, die den Wert der jeweils nationalen Währung in der Zeit (Preisstabilität) und im Raum (fixe Wechselkurse) stabilisieren kann. Der (nationale) Staat muß in seiner Eigenschaft als Interventionsstaat die Konjunktur antizyklisch gemäß der Zielvorgabe des „magischen Dreiecks“ (Preisstabilität, stabiler Wechselkurs, Vollbeschäftigung) in dem durch die Reichweite der Staatsmacht begrenzten Territorium steuern. Vollbeschäftigung ist das sichere Fundament, auf dem der Sozial- und Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit (im „goldenen Zeitalter“) gegründet und ausgeformt werden konnte.

In diesem Kategoriensystem können Tendenzen der Globalisierung kaum wahrgenommen, ja sie müssen sogar wie die Flügel der Windmühle durch Don Quixote bekämpft und zurückgewiesen werden, weil das theoretische Paradigma beschädigt würde. Dies ist ein Grund dafür, daß Keynesianer häufig hilflos auf die von ihnen denunzierten Tendenzen der Deregulierung, auf die Rücknahme wirtschaftspolitischer Steuerungskapazitäten des Nationalstaates, reagieren. Da Globalisierung die Kehrseite der Deregulierung ist, muß die Bedeutung der Globalisierung heruntergespielt werden, um die Kritik an der politischen Deregulierung begründen zu können. Es sei denn, es wird für einen „globalen“ (oder zumindest europäischen) Keynesianismus plädiert, der wiederum den Weltstaat zumindest funktional (wenn nicht institutionell) voraussetzt. Hier aber sind wir sogleich mit dem von Hegel bemerkten Dilemma konfrontiert, daß ein wirtschaftspolitisches Paradigma für den Nationalstaat funktionieren mag, nicht aber für einen dessen Maß weit überschreitenden europäischen oder gar Weltstaat.

Doch die Zinsen werden auf globalisierten Märkten gebildet und keineswegs durch die Zentralbank vorgegeben. Selbst mächtige Zentralbanken können mit ihrer Diskontpolitik nur noch den Marktsignalen folgen. Also sind Beschäftigungsniveau und Löhne in der nationalen Ökonomie

durch Preisbildungsprozesse auf globalen Märkten beeinflusst. Beschäftigungspolitik wird nicht mehr mit keynesianischen Maßnahmen der geld- und fiskalpolitischen Beeinflussung der *Nachfrageseite* betrieben, sondern mit arbeitsmarkt- und *angebotspolitischer* Anpassung. Hier setzen, auf ganz unterschiedliche Weise, die neoliberalen Strategien und die Politik systemischer Wettbewerbsfähigkeit an. Weder der Neoliberalismus ist ganz neu noch das letztgenannte Konzept. Die Kritik am Marktindividualismus hat schon Ferguson wegen der korrumpierenden Wirkungen beschrieben; eine Vorstellung „systemischer Wettbewerbsfähigkeit“ entwickelt bereits David Hume, wenn er als Bedingung für die Entwicklung Schottlands „local advantages resulting either from the climate, the soil, the productions, the situation, or even the nationkl turn and peculiar genius of one people preferably to those of others“ (nach: McNally 1988: 161f.) in die Debatte bringt. Da sind Angebots- und Nachfragefaktoren ebenso benannt wie meso- und metaökonomische Korrollarien, die sozialen Verhältnisse und institutionellen Voraussetzungen einer Zivilgesellschaft. Auf deren Ausgestaltung kommt es an. Denn „without a revolution in manners, habits, and customs, he argued, Scotland would not be certain of a future of prosperity and improvement“ (McNally 1988: 161). Die angedeuteten Konzepte sind die strategisch-konzeptionellen Antworten auf die „Entgrenzung der Staatenwelt“ (Brock/ Albert 1995) und auf den Verlust der makroökonomischen Steuerungsfähigkeit des Interventionsstaats. Mit der Globalisierung sind zwar nicht die Nationalstaaten von der Bildfläche der internationalen Beziehungen verschwunden, aber sie haben einen Teil ihrer Souveränität über ökonomische Prozesse eingebüßt und fungieren eher als Moderatoren der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb, als „nationale Wettbewerbsstaaten“ (Cerny 1996). Der Ort ihrer Aktivitäten ist weniger die Makroökonomie als die „Mesoökonomie“, wenn nicht gemäß neoliberaler Vorstellung das Primat der Ökonomie (genauer: der „visible hand“ der Mikroökonomie, also der großen Konzerne) über die Politik triumphiert. Dies ist in Zeiten von globalen „mergers and acquisitions“ eine Regel. Im Verlauf dieser Machtverschiebung vom Rechtssubjekt Nationalstaat zum deregulierten und entpolitisierten Funktionsraum des Weltmarkts (als der Sphäre der Ausübung von Eigentumsrechten) entstehen also neue, und zwar mikro- und makroregionale Grenzen (unterhalb der Nationalstaaten in Mikroregionen und

oberhalb des Nationalstaats in Wirtschaftsblöcken). Das Resultat dieses Prozesses ist keineswegs eine einheitliche Weltwirtschaft und -gesellschaft, wie sie sich der Neoliberalismus vorstellt. Auf die Bedeutung dieser paradigmenerlevanten Verschiebung wird noch zurückzukommen sein.

Auf der zweiten Argumentationslinie der Skeptiker hinsichtlich der Wirklichkeit und Wirksamkeit der Globalisierung wird allenfalls zugestanden, daß sich bei näherer Betrachtung die Globalisierung als „Triadisierung“ (und gerade nicht: „Monadisierung“) herausstellt, da in den 90er Jahren vier Fünftel des Welthandels, der Direktinvestitionen oder Finanztransfers zwischen Westeuropa, Nordamerika und Ostasien abgewickelt werden. Tatsächlich ist der Handel mit Finanzdienstleistungen zu 90% auf wenige Länder der „Triade“ (USA; Deutschland, Japan, Großbritannien, Frankreich) konzentriert. Regionalisierung und Fragmentierung seien mithin angemessenere Begriffe für die Analyse der Tendenzen der Weltwirtschaft als jener der Globalisierung. Es ist ohne Zweifel richtig, daß sich die globalen ökonomischen Aktivitäten auf die Triadenmächte konzentrieren, und daß regionale Wirtschaftsblöcke in der „neuen Weltordnung“ Konjunktur haben – nicht nur in Europa. Aber diese sind gerade die unvermeidliche Kehrseite der Globalisierung. Die Regionalisierung ist in vielen Fällen gerade dem Versuch der Abwehr von Tendenzen der *Exklusion* aus dem formellen Weltmarkt geschuldet, indem neue Einheiten der *Inklusion* gebildet werden. Angesichts der Macht der großen Weltkonzerne, unter Berücksichtigung der Bedeutung attraktiver Anlagemöglichkeiten für kurzfristiges Kapital auf hochflexiblen Finanzmärkten ist die Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke naheliegend: zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von territorialen Wirtschaftseinheiten; zur Schaffung einer „Stabilitätsgemeinschaft“ attraktiver Renditen und stabiler Wechselkurse, um mit der Herausforderung der globalen Märkte besser fertig werden zu können; zur Akkumulation von Verhandlungsmacht in den Institutionen und Organisationen der globalen Ökonomie (WTO, IMF etc.). Regionale Wirtschaftsblöcke können somit auch als Versuch gewertet werden, angesichts der Globalisierung von Märkten einen Teil der politischen Kontrolle über ökonomische Prozesse „oberhalb“ des Nationalstaats zurückzugewinnen. Regionale Wirtschaftsblöcke stellen also den Versuch dar, die „entgrenzte Staatenwelt“ durch neue Grenzen zu strukturieren –

ohne daß eine diesen neuen territorialen Einheiten entsprechende Gesellschaft entstehen müßte.

Der Einwand, daß Triadisierung und Blockbildung gegen die Tendenz der Globalisierung sprächen, unterstellt in neoklassischer Denktradition, daß Globalisierung alle Weltregionen (und alle Nationen und sozialen Schichten und Klassen) gleichmäßig – und nicht ungleichmäßig und ungleichzeitig – einbeziehen würde. Diese Vorstellung fußt ganz auf der Smith'schen und ricardianischen Annahme von den wohlfahrtssteigernden Folgen der Vertiefung internationaler Arbeitsteilung. Alle profitieren von der Handelsausweitung, weil das Pro-Kopf-Einkommen steigt. Dabei werden jedoch mindestens drei Aspekte nicht berücksichtigt, die die Konvergenz im globalen Raum ver- oder behindern: *Erstens* läßt die Währungskonkurrenz, die weder für Smith noch für Ricardo wegen des seinerzeitigen Goldstandards ein Thema war, keine Positivsummen-, sondern Nullsummenspiele zu. Alle Notenbanken sind in einen „Qualitäts- und Stabilitätswettbewerb“ gezwungen und müssen daher die Stabilität „ihrer“ Währung im Vergleich zu anderen Währungen sicherstellen. *Zweitens* werden die destabilisierenden und Ungleichheit erzeugenden Kapitalbeziehungen, die autonom von der Handelsbilanz erfolgen, nicht berücksichtigt – und diese machen mehr als 95% der täglichen Devisenumsätze aus. *Drittens* ist die internationale Arbeitsteilung selektiv. Während einige Nationen und Regionen erfolgreich in den Weltmarkt integriert worden sind, werden zur gleichen Zeit ganze Regionen und Nationen exkludiert. Die Exklusion bedeutet freilich nicht, daß diese Nationen und Regionen sich außerhalb der Globalisierungsdynamik befänden; sie sind subaltern betroffen.

Wenn denn schon von Globalisierung die Rede sein müsse, dann dürfe sie nicht als etwas Neues hingestellt werden, lautet der *dritte* Einwand. Für die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg könne man nachweisen, daß die internationale Wirtschaftsverflechtung ähnlich intensiv war wie heutzutage, jedenfalls wenn man die Ströme der Direktinvestitionen, die Handelsbeziehungen oder die Zollbelastung des internationalen Handels in Rechnung stelle (IMF 1997: 112ff.; Burchardt 1997; Hirst/Thompson 1996; Bairoch/Kozul-Wright 1996). Die Daten sprechen vordergründig durchaus für die These, daß Globalisierung nichts Neues sei. Doch wie steht es (a) mit der *Zyklizität* der Tendenz, und welche Bedeutung haben (b) *Niveau-*

veränderungen im Verlauf des Wachstums und wie steht es (c) überhaupt mit dem scheinbar trivialen Problem des Messens von Globalisierungstendenzen?

Erstens verläuft die langfristige Tendenz zyklisch, in langen „Kontratieff-Wellen“, in „Hegemoniezyklen“, die jeweils mehrere Jahrzehnte umfassen (Modelsky 1978; Goldstein 1988; Bornschier/Suter 1990). Daher kann zunächst nicht ausgeschlossen werden, daß der Globalisierungsschub (am Ende des vorigen ebenso wie in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts) nicht Ausdruck einer gemeinsamen *Tendenz*, sondern von vergleichbaren Phasen von Expansion und Integration im Rahmen eines *Zyklus* ist. Die Aufschwungphasen einer langen Kontratieff-Welle von 1892–1913 und von 1948–1973 wären für jene Gemeinsamkeiten vor dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich, die zur Feststellung Anlaß geben, daß Globalisierung heute nichts Neues sei und der Globalisierungsgrad des Jahres 1913 gerade erst wieder vor einem Vierteljahrhundert erreicht worden sei (so auch der IMF 1997: 112ff.).

Für die Zyklizität spricht auch, daß der unbezweifelbare Globalisierungsschub vor dem Ersten Weltkrieg von einer Phase der weltwirtschaftlichen Kontraktion und Desintegration in der Zwischenkriegszeit abgelöst wurde, die auf ihrem Höhepunkt in den 30er Jahren nach der Großen Weltwirtschaftskrise einen Abwertungswettlauf provozierte und Konzepten einer rein nationalstaatlich orientierten nach außen aggressiven Autarkiepolitik Auftrieb gab.

Die heute interessierende Frage lautet vor allem, ob diese Zyklen der Globalisierung (und des gefährlichen Rückfalls in Protektionismus und Autarkiepolitik wie in den 30er Jahren) die Geschichte beherrschen. Ist eine Stärkung neo-nationalistischer und fundamentalistischer Kräfte gegen die Globalisierung auch am Ende des 20. Jahrhunderts möglich? Derzeit durchziehen sie eher als gefährliche Strudel den Globalisierungsstrom, ohne ihn hemmen zu können, weil sie noch keineswegs die Kraft der „Gegenmodernisierung“ (Beck) aufbringen. Die Frage bleibt allerdings bestehen, ob nach der Erosion des Nationalstaats dessen Wiederbelebung ein erfolgreiches politisches Projekt sein kann, und ob sich heute nicht, anders als vor 60 Jahren, Bewegungen gegen die Globalisierung auf andere, eine politische Identität stiftende Einheiten beziehen: auf Ethnien, Religionen und Regionen. Das sind Gemeinsamkeiten, die dem

Gesellschaftsvertrag vorgelagert sind und die durch die Wirkungen der „unsichtbaren Hand“ nicht bedeutungslos werden. Die andere Seite des Marktes, die Geldwirtschaft nämlich, drängt nicht nur zur globalisierenden Expansion und zeitlichen Beschleunigung, sondern produziert jene Ungleichheiten, die Gesellschaften fundamentalistisch, ethnisch, religiös so aufladen, daß sie sich gegeneinander wenden.

Zweitens sind in der langfristigen Tendenz Niveauveränderungen von Belang. Das *Niveau* der Arbeitsproduktivität, der Einkommen, des Kapitalstocks steigt im Zeitverlauf. Dies läßt sich mit monetären Größen indizieren; andere stehen nicht zur Verfügung. In Westeuropa ist das Pro Kopf-Einkommen von 1820 bis 1992 von durchschnittlich 1.228 \$ auf 17.412 \$, also um rund das Vierzehnfache gestiegen. Die Dollarwerte sind real (von 1990) und indizieren daher den monetären Anspruch auf reale Güter, die aus Naturstoffen (Energieträger, mineralische und agrarische Rohstoffe) gewonnen worden sind. Sie sagen also etwas über die Tendenzen des Naturverbrauchs aus.

Das Niveau der Beanspruchung der Natur ist heute also ungleich höher als vor 100 oder 200 Jahren. Dieser Unterschied hat beträchtliche Konsequenzen für den wissenschaftlichen und politischen Diskurs, wie wir schon bei der Diskussion des Locke'schen Konzepts von den Grenzen des privaten Eigentums gesehen haben. Eine zunächst banal erscheinende Überlegung verdeutlicht dies. Anders als vor dem Ersten Weltkrieg gibt es am Ende des 20. Jahrhunderts keine „weißen Flecken auf der Landkarte“. Nach den Satellitenbildern vom „blauen Planeten“ seit den späten 60er Jahren kann der abstrakte Vorgang der Globalisierung konkret imaginiert werden. Auch ist Globalisierung heute nicht mehr nur Expansion auf dem Festland der fünf Kontinente. Das ökonomische Interesse richtet sich auf die „Neuen Welten“ der Eiskappen an den Polen, der Meeresböden, des erdnahen Weltalls und der Mikrostrukturen des Lebens. Nichts soll unentdeckt und auf seine mögliche Verwertbarkeit untersucht bleiben⁵ Wo die

5 Geradezu apothetisch hat der Astronaut Ulf Merbold diese Entdeckungsreise mit dem Ziel der Weltbeherrschung geschildert: „Ich nehme an, jeder erinnert sich, daß wir die Wüsten durchquert, die arktischen Regionen des Planeten Erde in Besitz genommen haben. . . Unsere Altvordere sind in die tropischen Regenwälder vorgedrungen. Wir sind in die tiefsten Tiefen der Ozeane hinabgetaucht, in die Stratosphäre aufgestiegen, die höchsten Berge wurden erklommen. Wir haben alles durchmessen und erforscht und haben so die entlegensten Winkel unseres Planeten zum Bestandteil unserer Erfahrungen gemacht. . . . Ich meine, man muß die Raumfahrt und vieles andere als ein Element in dieser langen Tradition sehen. . . .“ (Rede des Astronauten Ulf Merbold in der Reihe Berliner Lektionen, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 28. Juni 1997).

räumliche Expansion in die Makro-, die Mikro- und die Nanosphäre (mit der Bio- und Gentechnologie) schließlich an Grenzen stößt, findet sie, wie von Paul Virilio immer wieder betont wird, als Beschleunigung in der Zeit statt. So ist die Globalisierung eine weitere (vielleicht letzte) Etappe des Projekts der Moderne, das sich nach Sloeterdijk (1989) als „allgemeine Mobilmachung“ zur Eroberung der Welt durch Herstellung „moderner“ Gleichförmigkeit von Arbeits- und Lebensweisen interpretieren läßt.

Diese neue, dem Niveau des Wirtschaftsprozesses geschuldete Qualität der Globalisierung wird in jenen Argumenten, die nur Daten über Exporte und Importe von Waren, über Direktinvestitionen oder Migrationsströme vergleichen, schlicht ausgeblendet. Daher entgeht einer solchen Betrachtungsweise der bedeutsame Sachverhalt, daß auf dem inzwischen erreichten Niveau des Verbrauchs von Ressourcen des Planeten Erde Grenzen des „Umweltraums“ bzw. der „carrying capacity“ der planetaren Ökosysteme entstanden sind. Wir haben bereits gesehen, daß Locke sich im Prinzip der Grenzen bewußt war. Von „Grenzen des Wachstums“ ist erst seit Anfang der 70er Jahre erneut die Rede. Es handelt sich dabei um Grenzen der möglichen Aneignung aus dem Institut privaten Eigentums.

Ökonomische Prozesse der Produktion und Konsumtion haben irreversible Folgen, die historische Zeit ist gerichtet. Also macht ein Vergleich unterschiedlicher, hundert Jahre auseinanderliegender Phasen nur Sinn, wenn dem Niveau des globalen Zugriffs auf Ressourcen Rechnung getragen wird. Nahe an den Grenzen des Wachstums ist der Diskurs ein anderer als weit von ihnen entfernt; es macht sich an den Grenzen der „carrying capacity“ das Tragische des ökonomischen Handelns geltend, auf das schon hingewiesen wurde. Wenn also gehaltvoll am Ende des 20. Jahrhunderts über Vergesellschaftung im globalen Raum räsioniert werden soll, dann nur unter Berücksichtigung der „ökologischen Dimension“

Folglich ist es schwer vorstellbar, daß vor 100 Jahren von Globalisierung so wie heute hätte gesprochen werden können. Der am Ende des vorigen Jahrhunderts geläufige Begriff zur Analyse der Weltwirtschaft war derjenige des *Imperialismus*. Es ist keineswegs eine semantische Frage, daß der Begriff der Globalisierung unbekannt oder ungebräuchlich war. Denn die kapitalistische Expansion jener Epoche wurde vor allem als „Drang jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne

Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird“ (Kautsky 1914: 909), verstanden. Lenin bezog sich in seiner Imperialismus-Studie positiv auf dieses Zitat (Lenin 1917, LW 22: 272), und kritisierte lediglich, daß Kautsky von agrarischen Gebieten sprach und mithin die ökonomischen Beweggründe (vor allem Konzentration und Monopolisierung und die Rolle des Finanzkapitals) für die imperialistische Expansion fehlinterpretiere. Rosa Luxemburg ihrerseits beschrieb den Imperialismus als „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ (Luxemburg 1913: 423), wobei dieser Konkurrenzkampf mit militärischen Mitteln von Seiten der Nationalstaaten gestützt werde. Der Imperialismus ist also ein Projekt von Kapitalen, die sich des Nationalstaats zur Überwindung der Krisen der Akkumulation und zur räumlichen Expansion in die „weißen Flecken“, d. h. die „nichtkapitalistischen Milieus“ bedienen. Es ist unvermeidbar, daß unter diesen Bedingungen die Nationalstaaten in politischen und letztlich militärischen Konflikt geraten.

Fernand Braudel (1986) hat in seiner Analyse der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems zwischen Weltreichen und Weltmärkten unterschieden. Weltreiche hat es auch in vorkapitalistischen Epochen gegeben, den Weltmarkt hingegen nicht. Heute ist ein globaler Raum entstanden, in dem verschiedene Nationalstaaten nicht im traditionellen Sinne imperialistisch sondern wie unternehmerische Einheiten in der größeren Geoökonomie um die wettbewerbspolitische Suprematie ihrer „Standorte“ konkurrieren (Cerny 1996; Porter 1990; Altvater/Mahnkopf 1996). Das Operationsgebiet staatlicher Politik wird mehr und mehr der große Weltmarkt, der Unterschied zwischen Innen- und Außenpolitik schwindet dahin. Präsident Clinton bemerkte, die US-amerikanische Außenpolitik sei Weltinnenpolitik. Damit ist auch die Zeit der binären Logik des Politischen vorüber, wie sie Carl Schmitt (1963) vertreten hatte: Das Politische erweise sich an der Fähigkeit, zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können. In der Geoökonomie gibt es viele Konkurrenten, aber keinen Feind, der notfalls im „totalen Krieg“ bekämpft werden müßte.

Wie Globalisierung eigentlich gemessen bzw. mit welchen Daten sinnvollerweise indiziert werden kann, ist ein scheinbar triviales Problem. Welche Maßeinheit wird gewählt, an welchem Ort wird gemessen und in

welchem Kategoriensystem wird das Meßergebnis interpretiert? Wenn Handelsströme, Direktinvestitionen, Kapitalbewegungen an nationalen Grenzen gemessen werden, ist bereits eine Vorentscheidung für den Hang zur Nationalökonomie in der Argumentation getroffen. Würden die intraurbanen von den trans- und extraurbanen Wirtschaftsbeziehungen einer größeren Stadt unterschieden, würde man mit Sicherheit ein beträchtliches Gewicht von Produktion und Konsumtion innerhalb intraurbaner Kreisläufe ausmachen. Wäre, gestützt auf diesen Befund, die Feststellung statthaft, die X-stadt sei gar nicht in die Ökonomie von Y-land integriert, die Nationalökonomie sei daher ein „Unbegriff“, ein „Phantom“? Was ist unter dem Aspekt des Messens Intra-Konzernhandel, der nach Angaben der OECD etwa ein Drittel des Welthandels ausmacht? Von der „invisible hand“ kann auf dem Weltmarkt angesichts dieser Daten also keine Rede mehr sein. Ist diese Entwicklung zur „visible hand“ Ausdruck einer Mikroökonomisierung (z. B. Siemensisierung oder Shellisierung und Mercedes-Chryslerisierung) oder einer „Megaökonomisierung“, sprich Globalisierung der Wirtschaft oder vielleicht von beidem? Und wenn Kapitalanlagen von Multis sich räumlich konzentrieren – ist dies als Beleg für die Annahme von der „Bodenständigkeit“ der Konzerne zu interpretieren (so Kräfte 1997: 222ff.) oder für die extreme Bedeutung von Kostenfaktoren beim Vergleich der Renditen auf globalen Märkten? Und was muß man von jenen globalen Wirtschaftsbeziehungen halten, die überhaupt nicht gemessen, sondern allenfalls grob geschätzt werden können, weil sie im Verborgenen der informellen Ökonomie (Kompensationsgeschäfte, Handel auf Gegenseitigkeit, Tauschgeschäfte etc.) und im kriminellen Untergrund (Drogenhandel, Waffengeschäfte, Geldwäsche etc.) abgewickelt werden? Immerhin bedeutet Globalisierung auch, daß jene, die auf „formellen“ Märkten nicht mithalten können, in den „informellen“ und manchmal kriminellen Untergrund gedrängt werden. Die Antwort auf die Frage nach dem Gewicht der Globalisierung ist daher schon durch die Art der Bildung von Einheiten und den Ort der Datenerhebung prädeterniert.

Die Bedeutung der Globalisierung zeigt sich vor allem daran, daß die Parameter für wirtschaftliches Handeln auf globalen Märkten unabhängig von den Intentionen der politischen und der Wirtschaftsbürger gebildet werden. Die Zinsen von Hypothekenkrediten einer Raiffeisenbank in

einem bayerischen Dorf orientieren sich (unter Berücksichtigung der Risikodifferenzen) an den Zinsen globaler Finanzmärkte. Die Weltmarktpreise für Bier sind für die Wettbewerbsfähigkeit einer mecklenburgischen Brauerei von Relevanz, auch wenn letztere einen eher regionalen Markt versorgt. Die globalen Standards, die „*benchmarks*“, sind auch für Produzenten wirksam, die ihre in Leverkusen produzierten Produkte lediglich in Leverkusen oder im benachbarten Köln verkaufen.

Als Folge der durch vermehrten Austausch vertieften Arbeitsteilung steigt der Wohlstand aller. Dies ist die Basisidee von Adam Smith. Sie ist von David Ricardo als „Theorem der komparativen Kostenvorteile“ verfeinert worden. Es ist auch heute noch einer der wichtigsten Lehrsätze der ökonomischen Theorie. Doch das Theorem hält der Empirie des Weltsystems immer weniger stand. Die Effekte der Wohlfahrtssteigerung erreichen nicht alle. Viele sind von ihnen ausgeschlossen. Mit dem Reichtum wachsen in der Welt auch die Armut, ja das Elend. Die materielle Verelendung ist dabei weniger bedeutsam als die schon von Rosa Luxemburg befürchtete „Verlumpung“, die sich keineswegs in fernen Welten eindämmen läßt. Von Harmonie kann da keine Rede sein und prästabiliert ist sie auch nicht. Die „*machina divina*“ ist eher, wenn man in Leibniz' Begriffen denkt, eine „*machina diabolica*“. Denn das Geld des Marktes erzeugt jene „*financial instabilities*“, die sich periodisch zu heftigen Krisen verschärfen und ganze Weltregionen in einen Abwärtsstrudel der ökonomischen Entwertung, gesellschaftlichen Degradation und politischen Entmachtung ziehen. Candide und Pangloss im Jahre 1998 auf Reisen würden möglicherweise noch entsetzlichere Schrecken vorfinden als jene, von denen Voltaire berichtet: die sklavenartigen Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken, Kinderarbeit und sexuelle Gewalt gegen Frauen in den Sweat Shops von China bis Haiti; ungesunde Lebensbedingungen in den Slums der großen Städte, das Elend von kleinen und großen Schuldnern, denen die Lebensperspektiven genommen wurden, die Vernichtung von Natur und das Elend einer Ästhetik des Naturersatzes, der Rassismus und ethnische Fundamentalismus, die auch am Übergang zum 21. Jahrhundert zu fürchterlichen Progromen befähigen...

Keine Frage: Die Globalisierung hat ihre angenehmen und positiven Seiten, aber die beste aller möglichen Welten sehen in der gegenwärtigen, globalisierten Welt nur jene, die nach dem „Sieg im Kalten Krieg“ und am

„Ende der Geschichte“ die Suche nach Alternativen aufgegeben haben. Vielleicht ist die Hymne auf die Globalisierung ein Abgesang an die Aufklärung, die Immanuel Kant in seiner Schrift über die Aufklärung von 1783 als einen Imperativ definiert: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung“. Aufklärung über die tatsächlichen Sachzwänge des Marktes, die sich in Zeiten der Globalisierung als eine totalitäre Macht darstellen, unvergleichlich zwar mit den totalitären und terroristischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, aber doch rücksichts- und gnadenlos im Hinblick auf einzelne Schicksale. Dazu gehört auch Aufklärung über das Denken in den Kategorien des Marktes, das als „horreur économique“, als „pensée unique“ bezeichnet worden ist. Aufklärung über die falschen Alternativen gesellschaftlicher Gestaltung. Theoretische und praktische Kritik der Globalisierung ist unverzichtbar.

Doch zur Globalisierung gehört auch, daß sich Menschen über alle Grenzen hinweg für den Schutz der Natur einsetzen, gegen die Ausbeutung der Frauen, Kinder und Männer in den Weltmarktfabriken eintreten, sich für eine Änderung der Weltfinanzordnung engagieren. Man muß das Terrain abstecken, auf dem die sozialen Auseinandersetzungen um die Form und den Gehalt der Vergesellschaftung geführt werden; vor Ort ebenso wie im globalen Raum. Es gibt also so etwas wie eine „*third hand*“ (Elson 1990) der „zivilgesellschaftlichen“ Vernetzung; Vergesellschaftung nicht als „prästabilisierte Harmonie“, nicht nur durch Recht setzende Verträge politischer Bürger, die „invisible hand“ des Marktes und die „visible hand“ der großen Wirtschaftsmächte und des Staates, sondern durch Aktivierung zivilgesellschaftlicher Bewegungen über territoriale Grenzen hinweg – um durch Nachdenken, Aufklärung, Kommunikation und selbstbewußte Handlung, d.h. nicht nach Maßgabe eines totalitären Mechanismus dann doch so etwas wie die „beste aller möglichen Welten“ zu schaffen. Das ist eine Form, in der heute Menschen den „Garten bestellen“, so wie Candide und Pangloss vor 250 Jahren.

Literatur

- Altvaeter, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996):* Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Politik, Ökologie in der Weltgesellschaft, (Westfälisches Dampfboot) Münster
- Altvaeter, Elmar (1998):* Masse und Macht im Zeitalter der Globalisierung, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrgang 26, Heft 1/1998: 133–151
- Bairoch, Paul/Kozul-Wright, Richard (1996):* Globalization Myths: Some Historical Reflections on Integration, Industrialization, and Growth in the World Economy, United Nations Conference on Trade and Development Discussion Papers No. 113, March 1996
- Benhabib, Seyla/Nicholson, Linda (1987):* Politische Philosophie und die Frauenfrage, in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 5, Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen, (Piper) München: 513–562
- Blanke, Detlev (1996):* Leibniz und die Lingua Universalis, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Societät, Band 13, Jahrg. 1996, Heft 5: 27–35
- Bornschieer, Volker/Sater, Christian (1990):* Lange Wellen im Weltsystem, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderband 21, 1990: 175–197
- Braudel, Fernand (1986):* Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft, München, (Kindler)
- Brock, Lothar/Albert, Mathias (1995):* Entgrenzung der Saatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 2/1995: 259–279
- Burchardt, Hans-Jürgen (1997):* Die Globalisierungsthese - von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus, in: Das Argument, Nr. 217, 1996: 741–755
- Chandler, Alfred D., Jr. (1977):* The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business, (The Belknap Press of Harvard University Press) Cambridge, Mass/London
- Elson, Diane (1990):* Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Marktes?, in: PROKLA 78, Jg. 20, H. 1 (1990): 60–107
- Ferguson, Adam (1966):* An Essay on the History of Civil Society, ed. By Duncan Forbes, (Edinburgh University Press) Edinburgh
- Goldstein, Joshua S. (1988):* Long Cycles. Prosperity and War in the Modern Age, (Yale University Press) New Haven and London
- Hardin, Garrett (1968) The Tragedy of the Commons, in: Science, Nr. 162 (1968): 1243–1248*
- Holz, Hans Heinz (1996):* Leibniz und das commune bonum, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Societät, Band 13, Jahrg. 1996, Heft 5: 5–25
- IMF (1997):* International Monetary Fund, World Economic Outlook, May 1997, Washington D. C.
- Krätke, Michael R. (1997):* Globalisierung und Standortkonkurrenz, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2/1997: 202–232
- Leibniz, Gottfried Wilhelm (Nachdr. 1948):* Monadologic, neu übersetzt, eingeleitet und erläutert von Herrmann Glockner, (Reclam) Stuttgart
- Lenin, W.I. (1917):* Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: Lenin Werke, (Dietz) Berlin, Bd. 22: 189–309
- Locke, John (1977):* Zwei Abhandlungen über die Regierung (hrsg. und eingeleitet von Walter Euchner), (Suhrkamp) Frankfurt am Main

- Luxemburg, Rosa (1913):* Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, (Buchhandlung Vorwärts) Berlin
- Mandeville, Bernard (1705/ 1957):* Die Bienenfabel, (Aufbau-Verlag) Berlin
- McNally, David (1988):* Political Economy and the Rise of Capitalism. A Reinterpretation, (University of California Press) Berkeley/Los Angeles/London
- Modelski, George (1978):* The Long Cycle of Global Politics and the Nation State, in: *Comparative Studies in Society and History*, 20, No. 2 (1978): 214–238
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1992):* Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen, (Fischer) Frankfurt
- Polanyi, Karl (1978):* The Great Transformation, Frankfurt/M. (Suhrkamp)
- Prigogine, Ilya/Stengers, Isabelle (1986):* Dialog mit der Natur. Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens, (Piper) München/Zürich
- Rosanvallon, P. (1989):* Le libéralisme économique. Histoire de l'idée de marché, (éditions du Seuil) Paris
- Schmitt, Carl (1963):* Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Collarien, (Duncker & Humblodt) Berlin
- Sloeterdijk, Peter (1989):* Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik, (Suhrkamp) Frankfurt/Main
- Smith, Adam (1776/ 1976):* An Inquiry into the Nature and Causes of The Wealth of Nations, ed. By Edwin Cannan (Two Volumes in One (The University of Chicago Press) Chicago
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1996):* Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, hg. von BUND und Misereor, (Birkhäuser) Basel/ Boston/ Berlin